

Berlin, 09.12.2008

Bundesrepublik Deutschland
Bundesministerium des Innern
Referat M I 1

Redetext:
Keynote Speech von
Herrn Parl. Staatssekretär Altmaier
anlässlich der 8. Konferenz der Migrationsminister des Europarates,
Session III: Economic migration and social cohesion

Anrede,

Die Mobilität und Flexibilität der Menschen hat in den letzten Jahren weltweit stetig zugenommen. Globale Märkte, international agierende Konzerne, Mobilfunk, Internet, Satellitenfernsehen sowie der internationale Flug- und Reiseverkehr haben die Welt näher zusammenrücken lassen. In der heutigen Zeit gehört der Kontakt mit anderen Ländern und Kulturen, gehören Migration und Integration zur alltäglichen Erfahrung. Wenn wir nicht eigene Migrationserfahrungen haben, kennen wir jemanden – in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis –, der von einem Land in ein anderes ausgewandert oder zugewandert ist oder vielleicht sogar regelmäßig hin- und herwandert. Innerhalb Europas hat die internationale Migration in den letzten zwanzig Jahren, nicht zuletzt auch durch den politischen Umbruch in Osteuropa nach 1989, erheblich an Gewicht gewonnen. Der europäische Wirtschaftsraum übt eine große Anziehungskraft auf Zuwanderer aus aller Welt aus. Insbesondere bei der Arbeitsmigration, stehen wir in Europa in Konkurrenz zu anderen Ländern dieser Welt – allen voran den USA und Kanada – um qualifizierte Arbeitskräfte, um die „besten Köpfe“ und Talente.

Vielfach zeigt sich bei den Migrationsbewegungen ein regelrechter Dominoeffekt. Durch die Erweiterung der EU im Jahr 2005 sind zahlreiche Arbeitssuchende beispielsweise aus Polen, Tschechien oder Ungarn nach Großbritannien und Irland abgewandert. Sie haben dort Lücken auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen, die wiederum von Arbeitskräften aus der Ukraine, Russland und anderen

osteuropäischen Staaten aufgefüllt wurden. Die dort entstandenen Arbeitsmarktengpässe werden wieder von Arbeitsmigranten aus ganz Asien gefüllt. Insgesamt lebten im Jahr 2005 nach Schätzungen der Vereinten Nationen in Europa rund 64 Mio. Migranten. Dies entspricht der gesamten Bevölkerung Spaniens, Portugals und Griechenlands zusammen.

Fast alle europäischen Staaten benötigen Zuwanderung, weil unsere Bevölkerungen zu schrumpfen drohen und weil sich aufgrund der stetig steigenden Lebenserwartung eine starke Bevölkerungsalterung abzeichnet.

Anrede,

Die Arbeitsmigranten leisten zumeist einen erheblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und bereichern durch ihre Anwesenheit die Kultur der Aufnahmeländer mit neuen Elementen. Allerdings sind mit Zuwanderung häufig auch diffuse Ängste der angestammten Bevölkerung verbunden. So zeigt eine Repräsentativstudie des US-amerikanischen Pew-Instituts aus dem Jahr 2007, dass sich die Mehrheit der befragten Bevölkerung in 44 von 47 weltweit untersuchten Ländern dafür aussprach, Zuwanderung stärker zu begrenzen. Als Grund für die Notwendigkeit einer Begrenzung führt die überwiegende Mehrheit der Befragten das Bedürfnis an, die eigene Lebensweise vor fremden Einflüssen schützen zu müssen.¹

Die mit der Zuwanderung verbundenen Ängste vor einer Überfremdung existieren fast überall. Mir ist übrigens aufgefallen, dass diese Ängste besonders stark ausfallen in Ländern und Regionen, in denen Zuwanderung relativ neu bzw. der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung besonders niedrig ist (z.B. Ostdeutschland). Offensichtlich handelt es sich dabei um abstrakte Ängste vor dem Unbekannten und Fremden. Diese dürfen jedoch nicht zu Intoleranz und einer pauschalen Ablehnung führen. Dass vielfach Vorurteile und Vorbehalte gegen Menschen mit Migrationshintergrund bestehen und rechtsextreme Gruppierungen Zulauf haben, ist eine Gefahr für unsere Gesellschaften insgesamt und bereitet mir große Sorgen. Eins muss allen klar sein: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit,

¹ PewResearchCenter, World Publics Welcome Global Trade – But Not Immigration, 47-Nation Pew Global Attitudes Survey, Washington D.C., Vereinigte Staaten von Amerika, 4 Oktober 2007, S. 27.

Rassismus und Antisemitismus sind nicht vereinbar mit den Grundwerten einer offenen, friedlichen und demokratischen Gesellschaft.

Um derartigen negativen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen wir uns besonders für die Integration der Migranten stark machen. Migration und Integration sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Eine gelingende Integration ist der Grundstein für die Akzeptanz der Zuwanderung von morgen. Nur wenn die Bevölkerung sieht, dass Zuwanderung Bereicherung bedeutet und eine Chance auch für die Wirtschaft ist, dann bewahrt sie sich die Offenheit für neue Migrantinnen und Migranten.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Politik ist in erster Linie für günstige Rahmenbedingungen zuständig. Der tatsächliche Integrationsprozess findet in der Schule, am Arbeitsplatz, in Vereinen, im täglichen Leben statt. Integration ist eine konkrete Aufgabe der Menschen in der unmittelbaren Begegnung miteinander – der hier Geborenen wie der Zugewanderten gleichermaßen. Hier sind alle Bürger und alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert.

[Integrationskurse und Sprachkenntnisse]

Die 2005 eingeführten bundesweiten Integrationskurse für Neuzuwanderer bilden die größte integrationspolitische Einzelmaßnahme in Deutschland überhaupt. Im Bundeshaushalt stellen wir hierfür jährlich rund 155 Mio. Euro bereit. Mit den vom Bund geförderten Integrationskursen soll ein Mindestniveau an deutschen Sprachkenntnissen sowie Grundwissen über die deutsche Geschichte, Kultur und das politische System vermittelt werden. Es ist ein Riesenerfolg, dass dieses Grundangebot nun bundesweit flächendeckend etabliert ist.

Mit den letztjährigen Änderungen zum Aufenthaltsgesetz haben wir außerdem die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass es künftig keine Migration mehr ohne Integration gibt. Einer der Kernpunkte ist dabei, dass nachziehende Ehegatten bereits im Heimatland einfache deutsche Sprachkenntnisse nachweisen müssen. Dazu haben wir die Prüfungskapazitäten der Goethe-Institute in den Hauptherkunftsländern ausgeweitet.

Ich halte es für überaus legitim und auch im Einklang mit den Menschenrechten, von Neuzuwanderern schon bei der Einreise Grundkenntnisse in der Sprache des Aufnahmelandes zu fordern. Eine gemeinsame Möglichkeit der Verständigung ist im

Interesse aller Beteiligten und dient dem dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hierfür müssen wir die Neuzuwanderer auch ein wenig in die Pflicht nehmen. Es geht dabei nicht um Gängelung. Die staatliche Förderung von Integration ist das Eine, die Bereitschaft der Zuwanderer sich voll und ganz auf die Aufnahmegesellschaft einzulassen das Andere. Der Erwerb erster Sprachkenntnisse bereits im Herkunftsland unterstreicht in meinen Augen die Ernsthaftigkeit der Integrationsbemühungen der Zuwanderer.

[Deutsche Islam Konferenz]

Neben konkreten Maßnahmen zur praktischen Integrationsförderung müssen wir einen breiten gesellschaftlichen Dialog über eine bessere Integration von Zuwanderern führen. Vor allem die religiösen und kulturellen Prägungen nicht-westlicher Herkunftsländer dürfen darin nicht zu kurz kommen.

In Deutschland leben beispielsweise rund dreieinhalb Millionen Muslime. Die Mehrzahl davon ist türkischer Abstammung. Der Islam wird zunehmend ein Teil unseres Landes. Deswegen muss es besser gelingen, miteinander in Beziehung zu treten. Das ist der Sinn der Islamkonferenz, die Minister Schäuble 2006 ins Leben gerufen hat. Es geht uns hier darum, eine institutionalisierte Beziehung zu den Menschen islamischer Religion in Deutschland aufzubauen. Denn wir müssen daran arbeiten, eine Entwicklung anzustoßen, um den Islam, der Teil unserer Gesellschaft ist, mit den Grundwerten und Grundentscheidungen unserer Freiheitsordnung in Übereinstimmung zu bringen – was leichter gesagt als getan ist. Wir wollen sie in unser insgesamt bewährtes Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften partnerschaftlich einbinden und sie von unseren Grundwerten überzeugen. Dabei geht es auch darum, reformorientierte, gemäßigte islamische Kräfte zu stärken.

Anrede,

Erlauben Sie mir abschließend noch einige Gedanken zur Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten. Entwicklungspolitisch ist es wichtig, dass wir mit einer verantwortungsvollen Migrationspolitik auch die Herkunftsländer stärken. Das müssen wir im Rahmen der Steuerung von Migrationsbewegungen mit bedenken und nach neuen Wegen suchen. Gerade der Ansatz zirkulärer Migration birgt viele Chancen in sich. Es ist ein Beitrag zur Entwicklungshilfe, der allen Beteiligten nützt,

wenn Zuwanderer aus ärmeren Ländern eine Zeit lang in Industrieländern arbeiten oder dort ausgebildet werden, um anschließend mit mehr Geld und besserem Know-how in ihre Länder zurückzukehren. Wir bekommen dadurch nicht nur vorübergehend Arbeitskräfte. Es erhöht indirekt auch unsere Sicherheit, wenn diese Menschen nach ihrer Rückkehr Demokratie und Wirtschaft in ihrer Heimat weiter voranbringen. Herkunfts- wie Zielstaaten und die Migranten selbst profitieren also von zirkulärer Migration gleichermaßen. Voraussetzung ist aber, dass die Zuwanderer nach dem zeitlich begrenzten Aufenthalt auch wieder in ihre Heimat zurückkehren, denn nur durch den damit verbundenen Wissens- und Know-how-Transfer wird die Entwicklung befördert. Es gibt ja Herkunftsstaaten, da leben zehn, zwanzig oder noch mehr Prozent der Bevölkerung im Ausland. Die Rückkehr ist daher auch ein Kernpunkt der im Juni 2008 vereinbarten Pilot-Mobilitätspartnerschaft zwischen der EU sowie 15 ihrer Mitgliedstaaten und der Republik Moldau.

Anrede,

auf nationaler Ebene – bei der Integration – wie auch auf internationaler Ebene – bei der Migrationssteuerung – geht es um einen intensiven Dialog, um das respektvolle Miteinander und echte Kooperation. In einem freiheitlichen und pluralistischen Europa müssen wir aufeinander zugehen. Für ein friedliches Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt benötigen wir gemeinsame Vorstellungen und ein möglichst hohes Maß an freiwilliger Übereinstimmung gesetzlicher Regelungen. Der Europarat spielt in diesem Prozess der Annäherung nationaler Rechte und Gesetze eine sehr wichtige Rolle – insbesondere was die Unterschiede zwischen EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten betrifft. Daher wünsche ich mir und uns allen, dass uns diese Konferenz einige Schritte näher zusammenbringt.